

## **Erinnerung aus Verantwortung für die Zukunft**

### **20 Jahre friedliche Revolution, demokratischer Neubeginn und deutsche Einheit**

2009 und 2010 begehen wir die 20. Jahrestage der Ereignisse der friedlichen Revolution, des demokratischen Neubeginns und der deutschen Einheit. Gemeinsam wollen wir uns erinnern, die historischen Ereignisse würdigen und die mutigen Menschen von damals ehren.

### **Die europäische Demokratiebewegung**

Dass Freiheit und Demokratie 1989/90 in Deutschland auf friedlichem Wege errungen wurden, war und ist keine Selbstverständlichkeit. Wenn die damalige Demokratiebewegung in Ostdeutschland nicht – wie 1953 in Berlin, 1956 in Budapest, 1968 in Prag – mit sowjetischen Panzern niedergewalzt wurde, so war dies sowohl das Ergebnis des Beharrungsvermögens der demokratischen Kräfte als auch der Entspannungspolitik in Europa. Hierzu hat die Sozialdemokratie einen entscheidenden Beitrag geleistet. Schon unter Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer hat die SPD sich allen Vereinnahmungsversuchen der Kommunisten erfolgreich widersetzt und beharrlich nach Möglichkeiten zur Lösung der deutschen Frage gesucht. An vorderster Stelle hat hieran der Sachse Herbert Wehner mitgewirkt. Er leistete entscheidende Vorarbeit für die neue Ostpolitik der sechziger und siebziger Jahre. Willy Brandts besonderes Verdienst ist es, dass alle europäischen Staaten den Weg des Friedens und der Zusammenarbeit gehen konnten – und dass Mauer und Grenze für die Menschen zunehmend durchlässiger wurden. Helmut Schmidt hat diese Politik erfolgreich fortgeführt. Franz Josef Strauß und Helmut Kohl haben die sozialdemokratische Entspannungspolitik in den siebziger Jahren bekämpft und kritisiert – um sie in den achtziger Jahren dann ebenfalls fortzusetzen. So erfuhr die Politik der sozialdemokratisch geführten Bundesregierungen im Nachhinein auch von Seiten der ehemaligen konservativen Opposition eine Bestätigung.

In den 1980er Jahren stieß die zentral gelenkte Kommandowirtschaft im kommunistisch regierten Mittel- und Osteuropa an ihre Grenzen. Demgegenüber wirkte die erfolgreiche soziale Marktwirtschaft in den demokratischen Staaten Westeuropas wie ein Magnet. „Wir brauchen die Demokratie wie die Luft zum Atmen“, hieß die Konsequenz, welche der sowjetische Generalsekretär Michail Gorbatschow 1987 zog. In der Folge seiner Öffnungspolitik konnten nicht nur die Staaten Mittel- und Osteuropas Stück für Stück an Souveränität gewinnen. Es folgte – in unterschiedlichen Formen aber mit ähnlichen Ergebnissen – die Selbstbefreiung der mittel- und osteuropäischen Völker. Dabei konnten sie an das jahrelange Wirken der polnischen Gewerkschaft Solidarnosc und der tschechoslowakischen Bürgerrechtsbewegung Charta 77 anknüpfen. So wurde 1989 in Polen der erste nichtkommunistische Ministerpräsident gewählt; Ungarn öffnete den „Eisernen Vorhang“, und die Staatsführung der UdSSR ließ all dies ohne einen gewaltsamen Eingriff zu. So wurde der Erfolg der europäischen Demokratiebewegung zur Voraussetzung der friedlichen Revolution in der DDR.

Spätestens seit den gefälschten Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 regte sich in der DDR spürbarer Protest; die Fluchtwelle im Sommer brachte „das Fass zum Überlaufen“. Es waren

nicht mehr nur kleine oppositionelle Gruppen, sondern breite Bevölkerungsschichten, die laut nach Freiheit und Demokratie riefen. Aus stillen Friedensgebeten wurden lautstarke Massendemonstrationen. Vor allem an den Leipziger Montagsdemonstrationen nahmen immer mehr Menschen teil. Sie gaben damit ein Beispiel für den Protest in zahlreichen Städten und Gemeinden des ganzen Landes.

Die Jahre 1989 und 1990 haben Sachsen und Deutschland grundlegend verändert. Die friedliche Revolution von 1989 war das Werk der Menschen in der DDR. Unter hohem persönlichem Risiko haben sie sich – unter ihnen zahlreiche Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten – gegen die SED-Diktatur erhoben und aus eigener Kraft die Freiheit gewonnen. All jenen, die in dieser Situation couragiert und besonnen gehandelt haben, die sich vom letzten Aufbäumen der Staatsmacht nicht einschüchtern ließen und die, als beispielsweise die Zentralen der Staatssicherheit besetzt wurden, begangenes Unrecht offen legen wollten – all jenen gebührt der höchste Respekt und Dank in den Jubiläumsjahren 2009 und 2010. Was die Menschen im Herbst 1989 vollbrachten, war eine Sternstunde der deutschen Freiheitsgeschichte.

### **Die friedliche Revolution im Herbst 1989**

Im Sommer und Herbst 1989 formierten sich zahlreiche oppositionelle Gruppen, wie zum Beispiel das Neue Forum, welches Demokratie- und Freiheitsrechte und damit das Ende der SED-Diktatur forderte. Am 7. Oktober 1989 gründete sich in Schwante bei Berlin die Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP). Dies war für die ostdeutsche Oppositionsbewegung eine wichtige Zäsur: Erstmals stellte hier eine neue Partei das Herrschaftsmonopol der SED direkt und öffentlich in Frage. Damit war die organisationspolitische Machtfrage gestellt. Die Neugründung einer sozialdemokratischen Partei bedeutete zugleich, der SED das Recht zu bestreiten, sich in die Tradition der demokratischen Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung in Deutschland und Europa zu stellen. Mit der SDP/SPD wurde die Partei wiederbelebt, welche in Sachsen schon vor 1933 die Hauptstütze der Demokratie war. Gerade deshalb war sie von den Machthabern der beiden deutschen Diktaturen erbittert bekämpft worden.

In ganz Sachsen gründeten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aller Bedrohung zum Trotz unter zum Teil noch konspirativen Bedingungen im Oktober 1989 erste Basisgruppen. In Leipzig, dem Mittelpunkt der friedlichen Revolution, trat die SDP seit November 1989 mit einem eigenen „Montagsredner“ auf. In der Folge entstanden auch in den Bezirken Karl-Marx-Stadt (31. Oktober), Leipzig (7. November) und Dresden (16. November) sozialdemokratische Strukturen. Nach der Etablierung der SDP-Bezirksvorstände gründete sich am 26. Mai 1990 der SPD-Landesverband Sachsen. Landesvorsitzender wurde Michael Lersow, 1. Fraktionsvorsitzender wurde Karl-Heinz Kunckel.

### **Demokratischer Neubeginn und deutsche Einheit**

An den Runden Tischen der Bezirke und Kreise wirkten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten führend mit. Die Macht der SED und ihrer Blockparteien brach wie ein Kartenhaus zusammen. Die Gegner der Freiheit waren politisch und moralisch bankrott. In dieser schwierigen Zeit übernahmen viele Frauen und Männer aus den Reihen der Opposition

Verantwortung. An den Runden Tischen versuchten Vertreter der Opposition, die Regierenden zu kontrollieren, Politik zu gestalten und den Übergang zur Demokratie zu organisieren. So wurden die Runden Tische zu Vorläufern der Parlamente. Sie drückten den Willen zur demokratischen Einflussnahme aus, der 1990 in den ersten freien Wahlen zunächst zur Volkskammer, dann in Kommunen, Ländern und schließlich zum ersten gesamtdeutschen Bundestag seine Entsprechung fand.

1989 war die Politik der SED und der mit ihr verbündeten Blockparteien und Massenorganisationen auf ganzer Linie gescheitert. Nicht nur die Bürgerinnen und Bürger kehrten der SED den Rücken, auch die Masse der Mitglieder trat aus. Diejenigen, die in der Nachfolgepartei PDS verblieben, setzten die fatale Kontinuität der SED fort. Eine konsequente Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit fand nicht statt. Viele PDS-Mitglieder verstanden die Befreiung von der Diktatur als Verlust von sozialem Status und gesellschaftlicher Anerkennung. Bis in die Gegenwart hinein belastet die fehlende Aufarbeitung ihrer Vergangenheit die Politikfähigkeit der Linkspartei. Noch heute meint ihr sächsischer Verband, die DDR sei ein „legitimer Sozialismusversuch“ gewesen. Wir sagen: Ein misslungener Versuch an Land und Menschen, an dessen Folgen und Spätwirkungen wir bis heute arbeiten.

Während die SED/PDS rapide an Rückhalt in der Bevölkerung verlor, forcierten die Blockparteien ihre gezielte Integration in die bundesdeutsche Parteienlandschaft – weitgehend ohne am eigentlichen Demokratisierungsprozess aktiv teilzunehmen. Dies führte nicht nur zu einem fließenden Übergang der Mitglieds- und Vermögensbestände in die CDU und FDP. Vielmehr sind diese beiden Parteien bis heute mit der Hypothek der fehlenden Auseinandersetzung mit diesem Prozess und der eigenen Rolle in der DDR belastet. Es ist daher ein Schritt in die richtige Richtung, wenn die CDU auf ihrem Bundesparteitag im Dezember 2008 eingestanden hat, dass „die CDU in der DDR im totalitären System der SED-Diktatur mitgewirkt“ hat.

Schließlich integrierten sich mit den Altfunktionären der ehemaligen Blockparteien bereits aktive Politikerinnen und Politiker in ein politisches System, das ihnen noch wenige Monate zuvor als Feindbild gedient hatte. Noch im Mai 1989 hatten viele von ihnen keine Probleme damit gehabt, sich zugunsten der eigenen Karriere mit der DDR zu arrangieren und bei den gefälschten Kommunalwahlen zu kandidieren sowie zum 40. Jahrestag der DDR am 7. Oktober 1989 Jubelarien auf den „Sozialismus in den Farben der DDR“ auszubringen.

Der Aufbau der Demokratie fand seinen ersten Ausdruck in den Volkskammerwahlen am 18. März 1990 – den ersten freien Wahlen in der DDR. Fast auf den Tag genau ein Jahr nach den gefälschten Kommunalwahlen konnten die Menschen in der DDR am 6. Mai 1990 ihre lokalen und regionalen Vertretungskörperschaften nach demokratischen Grundsätzen wählen. Mit dem Vollzug der deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 wurde dann nicht nur eine Forderung der Mehrheit der DDR-Bevölkerung umgesetzt, die zuerst „Wir sind das Volk“ und später „Wir sind ein Volk“ auf ihre Transparente geschrieben hatte. Vielmehr erfüllte sich auch eine Jahrzehnte alte Hoffnung vieler Menschen in der Bundesrepublik und in Europa. Dieser Prozess fand schließlich in den ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlen am 3. Dezember 1990

seinen parlamentarischen Ausdruck, die auch in den nunmehr gegründeten fünf neuen Ländern und in Berlin stattfinden konnten.

Aus der deutschen Einheit entsprangen allerdings auch für die sächsische Sozialdemokratie neue Aufgaben und Anforderungen. Die SPD hat an der Erarbeitung der sächsischen Verfassung mitgewirkt und das Verfassungswerk von Anfang an mitgetragen. Seither befanden und befinden sich Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Bund, Freistaat und Kommunen in der Regierungsverantwortung. Aus Sachsen setzen sich – neben vielen anderen – Constanze Krehl im Europäischen Parlament, Wolfgang Tiefensee und Rolf Schwanitz in der Bundesregierung sowie Thomas Jurk und Eva-Maria Stange in der sächsischen Landesregierung für die Vollendung der inneren Einheit Deutschlands ein.

Willy Brandts Forderung, dass nun zusammenwächst, was zusammengehört, ist heute so aktuell wie damals. Die Vereinigung ist auf politischer Ebene vollzogen, die sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Ost und West sind allerdings noch nicht abgebaut. Diese zu überwinden, ist eine Aufgabe, der sich die Sozialdemokratie weiter verpflichtet sieht. Wir wollen die soziale Einheit vollenden.

### **Vergangenheit und Zukunft**

Der 20. Jahrestag der friedlichen Revolution gibt Anlass, über den heutigen Umgang mit unserer Geschichte nachzudenken. Die jüngsten Diskussionen um die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit machen deutlich, dass dieser Teil der deutsch-deutschen Geschichte nicht „zu den Akten gelegt“ werden kann. Schlusstrich-Debatten sind fehl am Platz. Wir müssen uns unserer Vergangenheit stellen – das kann schmerzhaft sein, ist aber mit Sicherheit heilsam.

Die DDR erhob formal den Anspruch, eine Demokratie und ein Rechtsstaat zu sein. Aber die Gewalten waren nicht wirklich geteilt, die Wahlen nicht frei, die Justiz nicht unabhängig und die Menschen nicht freizügig. Stasi, Mauer und tief in den Alltag durchgreifender Herrschaftsanspruch der Staatspartei grenzten die Spielräume unzumutbar ein. Wer sich nicht positiv für das Regime einsetzte, dem wurde die freie Berufswahl verwehrt, wer sich oppositionell äußerte oder gar betätigte, wurde schikaniert. Ein Regime, das auf „Republikflüchtlinge“ schießen lässt und diejenigen einsperrt, welche den Herrschaftsanspruch der Staatspartei in Frage stellen, ist ein Unrechtsstaat.

Es gab Menschen in der DDR, die an vorderster Front das System getragen haben. Manche wurden aus Überzeugung oder um des eigenen Vorteils willen zu Tätern. Die meisten DDR-Bürger aber haben versucht, sich in den Verhältnissen einzurichten. Sie haben ihre Nischen gefunden und dabei – in Beruf, Kultur oder Sport – beachtliche Lebensleistungen vollbracht. Sie brauchen sich damit vor ihren westdeutschen Landsleuten nicht zu verstecken. Auch das Leben im „falschen“ System konnte lebenswert und erfüllt sein. Es gab aber auch Menschen in der DDR, die aufbegehrten, mit viel persönlichem Mut den aufrechten Gang übten und sich widersetzten. Und die damit verbundenen persönlichen Nachteile in Kauf nahmen. Besonders diesen Menschen gilt unsere Anerkennung und unser Respekt.

Für alle bleibt die kritische und selbstkritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit nötig. Für alle, für vormals West- wie Ostdeutsche, für Junge wie Alte gilt es, aus der Geschichte zu lernen für die Gestaltung der Zukunft. Der offene und ehrliche Umgang mit der eigenen Vergangenheit wie mit der Geschichte unseres Landes ist Voraussetzung, um im geeinten Deutschland politische Verantwortung tragen und Demokratie gestalten zu können. Nicht um moralische Messlatten aufzulegen, sondern, um gemeinsam, wie Kurt Schumacher einst forderte, „die Wiederholung der Schrecken der Vergangenheit zu verhindern“. Gemeinsam tragen wir Verantwortung für Sachsen, Deutschland und Europa, Verantwortung für unsere Zukunft.

12. Juni 2009, SPD-Landesverband Sachsen